

Große Anfrage

der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Georg Brunnhuber, Renate Blank, Hubert Deittert, Enak Ferlemann, Dr. Michael Fuchs, Peter Götz, Klaus Hofbauer, Norbert Königshofen, Werner Kuhn (Zingst), Eduard Lintner, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Klaus Minkel, Gero Storjohann, Volkmar Uwe Vogel, Gerhard Wächter und der Fraktion der CDU/CSU

Aktuelle Eisenbahnpolitik in der 15. Wahlperiode

Die Koalitionspartner SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in ihrer Koalitionsvereinbarung vom 16. Oktober 2002 verbindliche Aussagen für ihre Eisenbahnpolitik in der 15. Wahlperiode getroffen. Der Schienenverkehr soll effizienter und auf dem Verkehrsmarkt konkurrenzfähiger gemacht werden. Dazu sollen die Ergebnisse der Task-Force „Schiene“ konsequent umgesetzt, der Güterverkehr auf der Schiene bis 2015 verdoppelt, die Errichtung und Reaktivierung von Gleisanschlüssen gefördert und ein attraktives öffentliches Verkehrssystem mit flächendeckendem Angebot, anbieterübergreifender Fahrplanauskunft und einem Ticket von Tür zu Tür erzielt werden.

Wir fragen wir die Bundesregierung:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung der Ergebnisse der Task-Force „Schiene“ und bis wann soll ein entsprechender Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht werden?
2. Welche der Vorschläge aus dem Konzept der Task-Force „Schiene“ sollen umgesetzt werden und wie sehen die jeweiligen Umsetzungsentwürfe aus?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Analyse der Deutsche Bahn AG, dass sich die Eigenmittelquote im Konzern an den Investitionen inzwischen auf ca. 47 % erhöht hat, was bedeutet, dass sich bei Deutsche Bahn Netz das Betriebsergebnis auf ein Minus von mehr als 500 Mio. Euro verschlechtert?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung die in diesem Zusammenhang von der Deutsche Bahn AG erhobene Forderung, zwischen Bund und Deutsche Bahn AG die Frage der Finanzierung der Infrastrukturinvestitionen dringlich zu verhandeln?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Aussage der Deutsche Bahn AG, dass bei einem – aus Sicht der Deutsche Bahn AG – nicht erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen die Infrastrukturinvestitionstätigkeit des Deutsche Bahn Konzerns insgesamt überprüft werden müsste?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den dazu eigentlich widersprüchlichen Tatbestand, dass die Deutsche Bahn AG im Jahr 2002 erneut – wie in den Vorjahren – Bundesmittel in Höhe von mehr als 500 Mio. Euro nicht abrufen wird?

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung, dass zur Vermeidung einer Massenarbeitslosigkeit von Eisenbahnern die Existenz der Deutsche Bahn AG durch Investitionen gesichert werden muss, angesichts der in den Fragen 3 bis 6 angesprochenen Situation bei den Infrastrukturinvestitionen, und was gedenkt sie zu tun?
8. Liegen der Bundesregierung inzwischen Erkenntnisse über den Sanierungsbedarf im Unternehmen Deutsche Bahn AG vor, nachdem sie im Frühjahr 2001 auf die seinerzeit noch laufende intensive Bestandsaufnahme der Deutsche Bahn AG verwiesen hat, und wie hoch ist dieser Sanierungsbedarf?
9. Liegen der Bundesregierung inzwischen Erkenntnisse über den Investitionsbedarf in das Bestandsnetz der Deutsche Bahn AG vor, nachdem sie im Frühjahr 2001 auf die seinerzeit noch laufende Aufnahme des Zustandes des vorhandenen Netzes verwiesen hat, und wie hoch ist der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf für das Bestandsnetz?
10. Hat die Deutsche Bahn AG der Bundesregierung inzwischen ein mittelfristiges Investitionsprogramm für die Sanierung und Modernisierung des Bestandsnetzes vorgelegt, und wenn ja, wie sieht dieses Programm aus?
11. Sind hierfür im Entwurf zum Bundeshaushalt 2003, Einzelplan 12, Mittel eingestellt, und wenn ja, unter welchem Titel und in welcher Höhe?
12. Sind im Entwurf zum Bundeshaushalt 2003, Einzelplan 12, Mittel zum weiteren Abbau der investiven Altlasten eingestellt, und wenn ja, unter welchem Titel und in welcher Höhe?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorstellungen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen VDV für eine Förderung von Gleisanschlüssen mit Bundesmitteln?
14. Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung die Sicherung bestehender, Reaktivierung stillgelegter und Errichtung neuer Gleisanschlüsse fördern?
15. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auch Gleisanschlüsse, die nicht Bestandteil der Infrastruktur der Eisenbahnen des Bundes sind, mit Bundesmitteln zu fördern?
16. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um das vorgegebene Ziel eines attraktiven öffentlichen Verkehrssystems mit flächendeckendem Angebot, anbieterübergreifender Fahrplanauskunft und einem Ticket von Tür zu Tür zu erreichen?

Berlin, den 13. Dezember 2002

Dirk Fischer (Hamburg)

Eduard Oswald

Georg Brunnhuber

Renate Blank

Hubert Deitert

Enak Ferlemann

Dr. Michael Fuchs

Peter Götz

Klaus Hofbauer

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Norbert Königshofen

Werner Kuhn (Zingst)

Eduard Lintner

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Klaus Minkel

Gero Storzjohann

Volkmar Uwe Vogel

Gerhard Wächter